

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

194 (22.8.1922)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 42 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 42 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 39 M monatlich. Einzelhefte 2.-M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 6.-M, auswärts 6.-M. Die Reklamezeile 2.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Verhandlungen in Berlin

Die Beratungen in Berlin mit den Delegierten der Entente haben begonnen. Allem Anscheine nach wird sich Deutschland auf sehr harte Bedingungen gefaßt machen müssen. Es steht ungeheuer viel auf dem Spiel bei diesen Verhandlungen. Wir geben die nachstehende W.B.-Meldung aus London, die, auch wenn ihre Angaben nicht in allen Punkten zutreffend sein sollten, den fürchtbaren Ernst der Situation für Deutschland anzeigen:

Die „Times“ melden aus Paris, der Mittelpunkt des Interesses ist für den Augenblick nach Berlin verlegt, wo die Delegierten der Reparationskommission versuchen, einen mittleren Weg zu finden. Doch es sei wahrscheinlich, daß während der Abwesenheit Bradburys und Maclairers in Paris eine rege diplomatische Tätigkeit entfaltet werde. Dem Berichterstatter zufolge werden in Berlin etwa folgende Ideen entwickelt werden: 1. In Wirklichkeit würde Deutschland kein Moratorium gewährt werden. Aber Belgien, das vertragsmäßig auf die Reparationen eine Priorität zu fordern habe, werde statt Bargeld sechsmonatige Wechsel nehmen, die von Deutschland auf die sogenannten D-Banken, nämlich die Dresdener, die Darmstädter, die Deutsche und die Diskonto-Bank gezogen werden. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken für diesen Plan zu haben sein würden.

2. Andere Kreditoperationen, die auf dem Grundsatze der Gelddarlehne auf besonderen deutschen Werten beruhen würden, würden die Lage möglicherweise zeitweise bessern, obgleich Bradbury selbst immer erklärt habe, alle beratenden Operationen bedeuteten in Wirklichkeit, daß Kredite der Alliierten Kredit

gegenüber Deutschland damit die Augen herausgenommen würden.

3. Die Goldreserve des Deutschen Reiches müsse von der Reichsbank nach dem besetzten Gebiet gebracht und von den Alliierten als Pfand angelehnt werden. Da sie eine Milliarde Goldmark betrage, werde sie ein ebenso wertvolles Pfand darstellen, wie die Bergwerke und Wälder.

4. Einer Art von Kontrolle der deutschen Bergwerke und Wälder, wie sie Frankreich auf der Londoner Konferenz vorgeschlagen habe, würde vielleicht von der Reparationskommission immer noch zugestanden werden, vorausgesetzt, daß der französische Plan genügend abgeändert werde, um ihn für die deutsche Regierung annehmbar zu machen.

5. Eine umfassende Regelung würde, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, von Bradbury mit der deutschen Regierung erörtert werden. Diese würde, sofern diese Regelung für durchführbar erachtet werde, den augenblicklich gestellten Forderungen nach produktiven Pfändern untergeordnete Bedeutung geben.

Der Berichterstatter teilt mit, daß die umfassende Regelung bereits den von ihm in voriger Woche in einem Pariser Telegramm auseinandergesetzten Plänen entspreche. Diese Pläne befinden sich beim britischen Schatzamt und umfassen die Teilung der deutschen Schuld in zwei Abschnitte, in eine Darlehenssumme von bis zu 2 Milliarden Goldmark während 30 Jahre (auch von einer 20jährigen Basis sei die Rede), der andere Plan schlage eine nach 30 Jahren zahlbare Summe von 100, möglicherweise 110 Milliarden Goldmark vor.

### Eine wüste Hezrede Poincarés

Poincaré strebt hysterisch und skrupellos dem Ruin Deutschlands zu. Sein Haß und seine Feindschaft haben keine Grenzen. Gestützt auf das hoffnungslosende Frankreich, glaubt er keinerlei Rücksicht mehr nehmen zu brauchen. Er richtet gegen England und will so schnell als möglich Deutschland zerbrechen. Seine letzten Drohreden haben wirklich furchtbar gewirkt. Ihnen ließ er dieser Tage eine wüste Hezrede in dem Südlichen Schloß folgen, wo ein Denkmal zur Erinnerung an die Befreiung durch deutsche Truppen eingeweiht worden ist. Poincaré sprach von der feigen Ermordung der Zivilisten und führte dann aus:

„Das war nicht mehr Krieg, das war organisiertes Verbrechen! Das war die offizielle Ermordung zu gemeinen Verbrechen! Sie, die Sie Jünglinge dieser Schwärze gewesen sind, die Sie unter den Augen der Deutschen Ihre Frauen, Kinder, Eltern und Freunde haben fallen sehen, Sie werden es sicherlich nicht bezweifeln, daß es in der Welt Leute gibt, die so verblendet sind, daß sie fordern, man solle die Urheber dieser Verbrechen ungestraft lassen und Deutschland die Entschädigung erlassen, die es den Familien dieser Märtyrer schuldet. Bevor Deutschland sich im Jahre 1914 auf uns stützte, war die Menschheit bemüht, die internationalen Konflikte durch die Annahme gewisser völkerrechtlicher Prinzipien, durch das Recht gewisser Bestrafungsmittel und aller unnötigen Grausamkeiten weniger mörderisch zu machen. Das kaiserliche Deutschland aber hat sich geweigert, sich diesen Regeln, die dazu bestimmt waren, systematische Verwüstungen und unnütze Massaker zu verhindern, zu unterwerfen, und während der ganzen Dauer des Krieges hat die deutsche Armee die Gesetze mißachtet, die von allen zivilisierten Nationen längst anerkannt worden waren. Mißhandlung der Zivilbevölkerung, Mord, Plünderung, Brandstiftung, Verschlebung wehrloser Städte, giftige Gase — all das wurde von Deutschland angewandt, das durch das Mittel des brutalen Schreckens den Sieg zu erzwingen suchte, den es auf den Schlachtfeldern nicht zu gewinnen vermochte. Es kann uns nicht genügen, daß seit der Niederlage einige Deutsche zögernd begonnen haben, die Methoden der Kriegführung zu mißbilligen: Zur Zeit, da sie angewandt wurden, wurden sie von allen Deutschen gebilligt und gebilligt. Alle Deutschen sind mitschuldig an der Plünderung und Brandstiftung unserer verwüsteten Provinzen; alle sind deshalb in gleichem Maße verpflichtet, die Schäden, die sie angerichtet haben, wieder auszumachen. Frankreich wird diese Reparationen zu erzwingen wissen!“

Diesem Treiben eines raffschäftigen Verblendeten, steht leider die französische Arbeiterklasse total ohnmächtig gegenüber. Sie überschlägt sich täglich in kommunistisch-radikalen Sprüngen, leistet nichts, hat keinen Einfluß und nur jämmerliche Organisationen. Poincaré weiß, daß ihm im Innern keine Schwierigkeiten erwachsen bei der Ohnmacht der zerfallenen französischen Arbeiterbewegung. So schreit das Unglück weiter.

### Hindenburg in München

#### Vom königlich bayerischen Gefinde

München, 21. August. Hindenburg ist gestern abend hier empfangen und von Regierungspräsident v. Raab und General Ludendorff empfangen worden. Heute vormittag fand eine Feier der Reichswehr Münchens statt. Der Feldmarschall wurde von General der Infanterie v. Wöski begrüßt und dankte in kurzen Worten für die Ehrung. Der eigentliche Begrüßungsakt wurde in der Halle des Armeeunternehmens gehalten, wo der frühere Kronprinz Rupprecht den Heerführer feierlich, nach Absingen des Deutschlandliedes bewillkommnete. Generalfeldmarschall Graf v. Vols-

mer im Namen der früheren „Königlich Bayerischen Armee“ Hindenburg und gab dem Wunsch Ausdruck, daß der Marschall neu gestärkt aus den bayerischen Bergen die Lederzeugung mit in die Heimat nehme, daß der Bayer heute noch ebenso in Treue fest zum Deutschen Reich stehe wie vor dem Krieg.

Zu einem unerwarteten Zwischenfall, der demselben Anlaß die monarchistischen Kreise föhig sind, kam es vor dem Beitritt an Armeeunternehm. Der Führer des Republikanischen Reichsbundes, Gen. Hauptmann a. D. Dr. Schilling, der in seiner Eigenschaft als Pressevertreter bei der Veranstaltung anwesend war, wurde nach seiner Angabe von den Mitgliedern des Festkomitees veranlaßt, sich zu melden. Als er das tat, wurde er sofort umringt und von diesen Seiten und weiteren Anwesenden trotz Protestens seiner Pressekarte und ohne jeden Anlaß ins Gesicht geschlagen und blutig geschlagen. Er wurde dann von Schutzleuten aufs Polizeipräsidium gebracht und nach seiner Vernehmung wieder freigelassen.

### England und die französischen Rüstungen

W.B. London, 21. August. Bezugnehmend auf die entzifferte Frage der „Times“, ob nach britischer Ansicht die französischen U-Boote gegen Großbritannien gebaut würden, sagt „Daily Chronicle“ in einem Leitartikel: Wir haben keinerlei berechtigten Grund, anzunehmen, daß es in Frankreich, so sagen, gegen wen sie gebaut werden. Die U-Boote sind doch nur ein einziges Beispiel, zu dem noch Flugzeuge, Befugnisse etc. und eine Politik hinzutreten, die auf dauernde Notwendigkeit von Rüstungen begründet ist. Wir wollen eine Politik des europäischen Friedens und des Wiederaufbaus und für eine solche Politik wollen wir bereit sein, zu gehen. Aber weshalb sollten wir, bevor Frankreich bereit war, etwas zu tun, um uns in dieser Beziehung zu unterstützen, diese Schuld erlassen, da auch Frankreich bezahlen könnte, wenn seine Politik weniger kospitelig wäre.

### Französische Drohungen und Hohn gegen England

W.B. Paris, 21. Aug. Douvenel beschäftigt sich in einem Leitartikel des „Matin“ mit der Frage der Kriegsschulden, in dem er darauf hinweist, daß Poincaré in London den Vertretern der Staaten, die Frankreich Geld schulden, Erklärungen abgegeben hat. Daraus sei Poincaré zum natürlichen Verteidiger aller der Staaten geworden, die Geld hätten borgen müssen, um den Krieg fortsetzen zu können. Ist deshalb nicht die Stunde gekommen, das Borgehen dieser Länder mit dem Frankreich zu verurteilen, da ihr Schicksal mit dem Frankreich verknüpft sei? Man solle eine Konferenz der Schuldnerstaaten nach Paris einberufen und als Antwort auf die Botschaften ein Memorandum an London richten, das die Interessen von Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei, Rumänien und Polen trage. Sind wir dann isoliert, wenn wir die Interessen Europas vertreten, wenn wir uns mit allen unseren Verbündeten einigen und den englischen Politikern sagen, wir verurteilen unsere Forderungen mit denen der Vereinigten Staaten. Ein großes Volk wie das englische dürfe sich nicht hinter ein anderes verziehen. Wenn im August 1914 Großbritannien sich damit begnügt hätte, auf Amerika zu warten, dann hätte es sich nicht zum Herrn der deutschen Flotte und der deutschen Kolonien machen können, sondern England hätte seine eigene Flotte, seine Kolonien verloren und sogar das Recht, in Europa mitreden zu dürfen. England müge aufhören, Geld zu verlangen, denn die Interessen der Alliierten, ja sogar das Gewissen Englands sei in dieser Stunde auf der Seite Frankreichs.

### Von den Kämpfen in Irland

W.B. London, 21. Aug. Die Wälder melden, daß irische Irreguläre bei einem Aufstand in Dublin einen Anschlag

auf das Leben Collins gemacht haben. Ein durch das Dorf fahrender Kraftwagen wurde beschossen. Collins befand sich jedoch nicht im Wagen. Der Führer wurde verwundet. Nach einem in Dublin verbreiteten Bericht soll de Selena erkrankt an einer Wunde, die er am Hals erlitt, darniederliegen. Seine Verwundung sei vor einigen Tagen erfolgt.

### Kampfschiffe in Amerika gegen deutsch Waren

W.B. Washington, 21. August. (Funkpruch.) Die Zolltarifvorlage wurde am Sonnabend vom Senat angenommen. Sie wird als eine außerordentliche schutzollnerische Maßnahme hingestellt. Sie enthält 2200 Änderungen in der Vorlage, die vom Repräsentantenhaus angenommen war. Diese Nachvorlage ermächtigt den Präsidenten, bis zum 1. Juli 1924 die Zölle nach oben und unten bis zu 50 Proz abzuändern. Die Vorlage steht in vielen Einzelwerten viel höhere Sätze vor, als die des Repräsentantenhauses. Außer hohen Zöllen auf Chemikalien verlangt die Vorlage auch Zölle auf Stahlwaren in Höhe bis zu mehreren 100 Proz. Die Vorlage fordert die ausländische Bewertung, die des Repräsentantenhauses die amerikanische. Die Vorlage geht nun dem Kongresshaushaushalt zu, der erst dem Bewertungsplan zu stimmen muß.

### Berurteilungen wegen Waffenhinterziehung

Berlin, 21. Aug. Die anlässlich der vor Jahresfrist im Wähler Gymnasium und bei dem Gastwirt Bonin gemachten Waffenfunde wegen Waffenhinterziehung angeklagten 8 Personen wurden zu Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten und Geldstrafen bis zu 40 000 M verurteilt. Das Gericht hat festgestellt, daß die Angeklagten weder einen Verein noch eine Organisation gegründet hatten, noch irgend eine andere Organisation, der die Waffen gehörten, hinter ihnen standen hat.

### Gegen den Luxusverbrauch

Der Dollar klettert unaufhörlich! Mit jeder Mark, die mehr für ihn aufgewendet werden muß, wird der Einkauf von Rohstoffen aus dem Ausland schwieriger. Wir alle haben daher die Pflicht, unseren Verbrauch an ausländischen Genussmitteln und Luxusgegenständen einzuschränken, um nicht Deutschen ins Ausland zu geben, die für die notwendige Einfuhr von Rohungsmitteln und Rohstoffen für unsere Industrie gebraucht werden. Wie wenig aber dieses in unserer Situation oberste volkswirtschaftliche Gebot beachtet wird, zeigt folgender Auszug aus der Statistik über den deutschen Außenhandel im ersten Halbjahre 1922. Es wurden für 130 Milliarden Mark ausgeführt und für 142 Milliarden Mark Waren eingeführt. Darunter befanden sich:

Zucker im Werte von	2 1/2 Milliarden Mark
Kaffee im Werte von	14
Obst und Südfrüchte im Werte von	1,193
Frühgemüse im Werte von	263 Millionen
Frühkartoffeln im Werte von	125
Wein und Most im Werte von	477
Liköre u. Branntwein im Werte von	272
Spirit im Werte von	252
Zigarren, Zigaretten im Werte von	73
Bier im Werte von	18

Da wir uns nicht den Luxus leisten können, daß unsere Mark durch die kospiteligen Bedürfnisse einer Hand voll Genießer und Esstimmer noch mehr entwertet wird, fordern wir von der Reichsregierung, daß sie nichts unterläßt, was geeignet ist, die Einfuhr von Genussmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken.

### Erhöhung des Papierpreises

Ab 1. August kostet das Kilo Zeitungspapier 28 Mark. Ein Kilo Zeitungspapier in Rollen kostete:

Juli 1914	21 Pf.
Juli 1915	22 Pf.
Mai 1916	30 Pf.
Juli 1916	36 Pf.
Juni 1917	38 Pf.
November 1917	48 Pf.
April 1918	53 Pf.
Juli 1918	54 Pf.
November 1918	63 Pf.
Februar 1919	68 Pf.
April 1919	84 Pf.
Juli 1919	99 Pf.
Oktober 1919	1 Mark 17 Pf.
Januar 1920	1 Mark 95 Pf.
Februar 1920	2 Mark 22 Pf.
März 1920	3 Mark 40 Pf.
November 1921	3 Mark 48 Pf.
Dezember 1921	4 Mark 20 Pf.
Januar 1922	7 Mark — Pf.
Februar 1922	7 Mark 30 Pf.
März 1922	8 Mark 25 Pf.
April 1922	12 Mark 28 Pf.
Mai 1922	16 Mark 90 Pf.
Juni 1922	20 Mark — Pf.
Juli 1922	20 Mark — Pf.
August 1922	28 Mark — Pf.

Aus vorstehender Aufstellung ist die rapide Steigerung des Preises in den letzten Monaten deutlich zu ersehen. Die sprunghafte monatliche Erhöhung ist für die Zeitungen unerschwinglich; gerade katastrophal wirkt die Tatsache, daß der Papierpreis immer in höherem Maße ansteigt, während die Verleger nicht mehr die Möglichkeit haben, den Bezugspreis rechtzeitig zu ändern!

### Vom Königsmacher und Reichserzherzog Dr. Heim

Wie Dr. Heim, der bayerische Bauern- und Katholikenführer ganz offen die Fortführung des Reiches propagierte, dafür zeugt die folgende Auslassung Heims im „Bayerischen Kurier“ im Jahre 1918:

„Wir vom bayerischen Standpunkt aus müssen den engsten Zusammenschluß von Bayern, Böhmen, Tirol, Steiermark, Ober-Oesterreich wünschen. Abgesehen von der Stammeszugehörigkeit, dem gleichen Volkscharakter, dem gemeinsamen, ist diese Gruppierung vom wirtschaftlichen Standpunkt aus für Bayern außerordentlich wertvoll... Nach der neuen Gestaltung des Wirtschaftslebens ist das der einzige Weg, der uns einen Ausgleich für unausbleibliche wirtschaftliche Schäden bringt. Und darum muß die bayerische Politik darauf eingestellt werden, diese Länder möglichst rasch in engste Verbindung mit Bayern zu bringen... Wenn feststeht, daß die Alliierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Oesterreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder es bleibt im Gefolge des alten Reiches, dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten, oder Bayern vollzieht und erstreckt diesen Anschluß. Meiner Ansicht nach kann nur das Letztere in Betracht kommen. Aber die Bedenken, die hiergegen sprechen könnten, sind folgende: das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen, das gegen gewaltige Wasserkräfte. Tirol hat noch eine Million Pferdekräfte, die nicht ausgebaut sind. Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit dem erweiterten alten deutschen Rheinbund, Hannover, Westpreußen bis zur Elbe und Süddeutschland mit Oesterreich.“

An anderer Stelle sagt Heim dann:

„Es ist notwendig, daß wir uns abspinnen von dem Eitertum und Süß- und Selbstgefühl abspinnen... Bayern muß sich mit der Fortführung späterer Wählervereinigungen und dem bismarckianischen und von dem wirtschaftlichen Fortschrittsprozeß durch die eigenen Volksgenossen so viel wie möglich freistellen.“

### Kampfanzeige gegen die Sozialisten

Dr. Heilmann, 19. August. Die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands hat nach einem Bericht Einiges über den Kampf gegen die sozialistischen Parteien und Strömungen eine Resolution angenommen, die einen außerordentlich charakteristischen Hinweis über die Verfestigung der Verfassungen der Andersdenkenden enthält. Es heißt in dieser Resolution:

„Man darf nicht nur die Anwendung der Repressalien gegenüber den Sozialrevolutionären und Menschewisten einstellen, man muß diese Mittel auch gegen die politisierenden Spitzen der angeblich parteilosen, bürgerlich-demokratischen Intelligenz anwenden, die bei ihren gegenrevolutionären Bestrebungen die Interessen ganzer Korporationen mißbrauchen und für die eigentlichen Interessen der Wissenschaft, der Technik, des Erziehungswesens, der Genossenschaftsbewegung nur ein leeres Wort sind und als politische Mittel dienen.“

Die obenstehende Resolution hat in den Kreisen der parteilosen Intelligenz große Irritation und Erregung hervorgerufen. Man sieht in dieser Resolution eine Verkörperung neuer Repressalien und glaubt, daß sie hauptsächlich den Zweck verfolgt, den Agenten der politischen bürgerlichen Polizei für einen neuen Feldzug die Hände frei zu machen.

### Pfarrer Hohoff, die katholische Kirche und die Sozialdemokratie

Der jetzt über 70 Jahre alte katholische Pfarrer Hohoff ist in seiner wehrfähigen Heimat als Verkörperer eines christlichen Sozialismus bekannt und geschätzt. August Bebel hat sich vor langen Jahren mit Herrn Hohoff einmal in einer Schrift auseinandergesetzt, aber Herrn Hohoff große Verehrung entgegen gebracht. Das bischöfliche Generalsekretariat in Koblenz läßt nun Sturm gegen Hohoff. Es macht bekannt:

„Die Fälle mehrten sich, daß Angehörige der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sich auf Pfarrer Hohoff in Koblenz berufen, Katholiken für den Eintritt in die Freien Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei werben. An dem Verhalten des Pfarrer Hohoff könne man erkennen, daß es den Katholiken erlaubt sei, diesen Organisationen anzugehören. — Pfarrer Hohoff erklärt zwar, daß er der Sozialdemokratischen Partei nicht angehöre. Sein gesamtes Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber veranlaßt aber viele Sozialdemokraten, ihn für sich in Anspruch zu nehmen und bei der Werbung von Angehörigen sich auf ihn zu berufen. In katholischen Kreisen

### Hinter Pflug und Schraubstock

Es war mir nichts Ungeheures mehr, eine solche Wanderung durch die grüne Landschaft mit ihren stillen Wäldern und Spüßgrün, Meisen und Bienen; über die feigig dunklen Moosfelder, die endlosen Flächen, die der etwas kümmerliche Weizen bedeckt, durch die am Horizont zusammenlaufenden Staudenreihen der Baumwälder. Von Zeit zu Zeit unterbricht eine kleine Erhöhung die Einförmigkeit des Bildes. Es sind die Lehmannen eines Fellsdorfs mit seinen wäldigen, gradlinig abgedachten Häusern, seinem kleinen Trümmern Rimarett, seiner Sphomone oder der spärlichen Palmengruppe und einem halbertrocknen Teich. Da und dort laucht ein höherer Hügel auf, der in dieser Ebene vom fernen Horizont her ganz gewaltig dreinschaut und die begabenen Trümmer einer Stadt aus der Zeit der Pharaonen oder selbst des ältesten Ägyptens andeutet. Bei dem Ritt von Ost nach West, benähe an der Grenze des bebauten Landes, wo dieses in die bradigen Sumpfländer des Barlossees und des nahen Meeressüfers übergeht, unterbricht den einförmigen Reiz nicht selten ein halbvertrockneter Kanal, ein fast versandeter Nilarm. Die Kamele gurgeln grämlich, wenn sie unglücklichen Schritten an der Wölbung der zerfallenden Dämme hinaufgleiten. „Man sauft nicht schon wieder,“ scheinen sie ärgerlich zu bemerken, „wenn man kann vier Stunden lang in der angenehmen Dremmen trotz des heißen Widerstandes ihrer Reiter Verfuße, ein geräuschvolles Bad zu nehmen, während der sich bezugsweise sträubende Gel von Abu-Sa hinten ins Wasser geschoben werden muß, sich dann aber plötzlich, laut schreiend vor Freude über das köstliche Raß, auf den Rücken legt und alle vier Beine dankbar gen Himmel streckt. All das gibt eine willkommene Veranlassung zu einer kurzen Rast im Schatten der einsamen Sphomone, die die Furt bezeichnet, oder bei der kleinen Oasenoase eines Dorfborgens verschafft. Und dann geht es wieder weiter; Meerfelder, Weizenfelder, Baumwälder ohne Ende.

wirkt das zum Teil Kerngerüst erregend, zum Teil verwirrend. Wir misshagen es scharf, daß ein katholischer Geistlicher es ruhig ansieht, daß unter Berufung auf ihn Katholiken in Organisations eintreten, in denen sie ersten Gehalt für ihren Glauben ausgeübt sind, und sehen uns genötigt, die Katholiken vor dem Anschluß an die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei nachdrücklich zu warnen.“

Herr Hohoff wird sich, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, durch den kleinen bischöflichen Dankschreiben nicht beirren lassen, der die Unbilligkeit der Kirche wie ihre parteipolitische Einstellung so klar veranschaulicht.

### Badische Politik

#### Die Beteiligung der Wählerinnen und Wähler bei der letzten Wahl

Herr Pfälz und Landtagsabg. Dr. Schofer weist im „Wohlfahrter“ an der Hand der amtlichen Statistik auf die Beteiligung der weiblichen und männlichen Wählerberechtigten an der letzten Landtagswahl hin. Herr Dr. Schofer hebt aus jedem Wahlkreis die Orte namentlich hervor, in denen die Frauen und die Männer über 90 Prozent ihrer Wahlpflicht genügt haben. Die Angaben des Herrn Dr. Schofer über die Beteiligung im 4. und 5. Landtagswahlkreis sollen auch hier wiedergegeben werden:

**A. Frauen:**  
4. Wahlkreis: Ohne das Ziel mit 90 Prozent in einer Gemeinde erreicht zu haben, Weiden die Kreise: Rehl, Oberkirch, Kühren, Baden und Rastatt.

Im Amte Rastatt erreichten die Wählerinnen von Wittelsbach 90 Prozent, im Amte Offenburg die von Oberentersbach 94,6 Prozent, im Amte Wolfach die von Schmellingen 91,6 Prozent und die von Vollenbach 92,0 Prozent, im Amte Rastatt kommen die Frauen von Moos auf 91,8 Prozent Wahlbeteiligung.

**B. Männer:**  
4. Wahlkreis: Das Amt Rehl stellt 2 Gemeinden: Ring (90,3) und Oberbach (94,3), das Amt Rastatt 3: Heiligensell und Weihenheim (90,1) und Oberweiler (92,8). Das Amt Oberkirch geht auch hier leer aus, während Offenburg 2 Gemeinden stellt: Elgersweier (91,9) und Unterentersbach (92,9), ebenso das Amt Wolfach: Vollenbach (91,4) und Hoffetten (90,4), während die Frauen hier auf 89,0 kamen. Das Amt Rastatt stellt 5 Gemeinden: Neuenhof (90,3), Bernersbach (90,7), Weihenbach (91,5), Langenbrunn (91,8) und Reigentel (95,7). Die Kreise Kühren, Rastatt und Baden gehen leer aus! Die Wähler zu Gindaus Zeiten haben anders gedacht und gehandelt!

5. Wahlkreis: Im Amte Breiten reitet Wöllingen (91,8) die Ehre, im Amte Bruchsal ist es Wüchsenau (93,0) und in dem von Pforsheim: Erlingen (90,2), während die Kreise Durlach, Ettlingen und Rastatt leer ausgehen. Auch hier darf man sich der Wähler erinnern!

Herr Dr. Schofer schließt seine Betrachtungen mit diesen Sätzen:

„Nun aber bitte ich die Führer unserer Partei von Ort zu Ort, diesen Artikel einmütig gründlich durchzustudieren. Vielleicht können ihnen bei diesem Studium allerlei nützliche Gedanken, die nach praktischen Maßnahmen verlangen. Ich bitte auch die Herren Schriftleiter der Zentrumsblätter, sie möchten aus dem Artikel einen neuen für ihre Leser machen und allerlei nützliche Vorzüge für ihren Leserkreis dazu schreiben, aber es unterlassen, spöttische Bemerkungen zu den Vorzügen zu schreiben. Die Vorzüge, die ich für mich zu machen habe, sind bereits gesagt, und das Ziel, das ich von den Lesern geistig bekommen habe, habe ich scharf ins Auge gefaßt. Alles wird aber in der Partei zusammengesetzt werden können: „Wohlfahrt! An die Arbeit!“

Wir schließen uns dieser Mahnung des Zentrumsführers an, nur bitten wir, statt Zentrum Sozialdemokratie zu lesen.

### Badische Unabhängige und Kommunisten

Die unabhängige „Kritik“ in Mannheim präsentiert ihren Lesern diese liebliche Notiz, die wir kommentarlos nachdrucken:

Freiburg. (Von aus Geschäftsreisen.) Der Moskauer Apostel hat sprach hier am Dienstag in öffentlicher Versammlung über „Rechtschaffenheit und Feindschaft“. Er war erschienen in Begleitung der „U.S.-Genossin“ Inger und ihres Gemahls. Was das über die politische und wirtschaftliche Entwicklung sagte, war ebenjopenig etwas neues, wie sein Geschimpfe über die sich

anbahnende Einigung der sozialistischen Parteien. Das von gemeinen Verdächtigungen strotzende Defizit rechtfertigte nachträglich den sehr mäßigen Besuch. Der Frage nach auf einige Fragen, die ihm in der Diskussion vom Genossen Schleich gestellt wurden, einfach aus. Auf die Frage, wie sich die Entscheidung bei einer eventuellen Bildung einer Arbeiterregierung verstelle, erklärte der Herr, die Arbeiter müßten sich eben damit abfinden, daß möglicherweise die Not noch größer werden könne. Die Darlegungen, die gegen das Schandurteil von Moskau gemacht wurden, wollte er damit abtun, daß er alles, was die U.S.P.-Presse über den Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre geschrieben habe, als Lüge bezeichne. Eine bequeme und überdies sehr „ehrliche“ Methode. Zur Einigungsfrage meinte er, die U.S.P.-Presse habe schon zu Engels Zeiten folgende Einigungsgrüner wie die bezeichnet. Dieses Beispiel einer durch nichts zu überbietenden Demagogie kennzeichnet den Leute, die solchergestalt „Leberzeugungen“ verbreiten. Politisch nicht in positiver Sinne, sondern nur als gerühmte Elemente ernst nehmen. Weder als bezeichnend war es, daß die mit dem Genossen Schleich zusammenhängende U.S.P. hatte, dem Genossen Schleich zu erklären, sie sei noch immer Mitglied der U.S.P., die schamlosen Verleumdungen unserer Partei über sich ergehen ließ, ohne den Mut zu finden, ihrem Freund entgegenzutreten. Wir hatten den Eindruck, als seien sie beide einander wert.

### Nochmals: Der Kampf gegen die Verleumdung

Genosse Emil Weber schreibt uns: In keiner Weise habe ich gegen die herangezogenen drei Punkte polemisiert, sondern bin nur gegen den Satz, die Kleinparteiabteilung als „idealistische Phrase“ zu begründen, eingegangen. Hätte Herr Freundlich diesen Satz nicht allgemein gehalten-angewandt, sondern auf bürgerliche Organisationen abgelesen, wäre mir nicht eingefallen, da gegen zu polemisieren, noch weniger sein Wissen anzuzweifeln, da er seine Stellen nur nachher ausgesprochen. Gerade wir ethnischen Kleinparteiern wollen die Mittel aufwenden, um unsere Bewegung kulturfördernd zu wirken. Diese Aufgabe ist keineswegs leicht. Desto erfreulicher ist es, noch eine Kraft in Formung gebracht zu haben, die in dieser ethischen Kleinparteiabteilung noch manches gute wirken kann. Wenn herangezogen wird, daß ich das auf den ersten Blick hätte sehen müssen, dann muß ich erwidern, daß mir das nur sehr möglich ist, nachdem ich von dem Bewandlung unterrichtet bin. Das hätte aber gleich in dem ersten Artikel gesehen sollen. Emil Weber.

### Genossenschaftsbewegung

In die Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine richtet dessen Vorstand in Hamburg einen ersten Aufruf. Darin heißt es:

Die seit einigen Monaten herrschende rasche rückläufige Bewegung der deutschen Währung zwingt zur sofortigen Anwendung aller zweckdienlichen Mittel, um das für den Geschäftsbetrieb der Genossenschaften erforderliche Kapital herbeizuschaffen. Die Beschlüsse der diesjährigen Delegiertenversammlung und des Finanz- und Genossenschaftstages müssen sofort durchgeführt werden. Jedes Haus hat die Pflicht, die Genossenschaften mit ihren entwerfenden Werbemitteln die Versorgung der Mitglieder mit den notwendigen Bedarfsartikeln nicht mehr bewirken können. Die Verbeschaffung der Betriebsmittel muß aus eigener Kraft, durch Selbsthilfe, geschehen. Wie in früheren Jahren die Genossenschaftsmitglieder durch Einzahlung eines ausreichenden Geschäftsanteils die Betriebsmittel aufbringen, müssen auch jetzt alle Mitglieder ihrer Genossenschaft genügende Geschäftsanteile zur Verfügung stellen, um die Warenherstellung, die Warenbeschaffung und die Warenverteilung zu sichern. Bei allen Genossenschaften ohne Ausnahme, sind die festgesetzten Geschäftsanteile nicht mehr auszureichen. Nach den Beschlüssen der Delegiertenversammlung der Geschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine entsprechen. Das wären heute mindestens 2000 Mark.

### Parteilosen und Leser des „Volksfreund“

berücksichtigt bei eueren Entwürfen die

### Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftslenten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Ein solcher Ritt, wenn er auch nur zehn Stunden währt, gibt Zeit, an mancherlei zu denken: zum Beispiel an die Frage, wo man herkommt und wo man hingehet. Ich war nun zwei Jahre in Ägypten und hatte begonnen, mich in Land und Leute einzufinden. Die erste neugierige Freude des Dufens habe ich geliegt und auch dieses Unangenehme seinen Schmelz verloren. Selbst die Moskitos fingen an, mich als Landmann zu betrachten und nach ihrer Art etwas milder zu behandeln. Mein Arbeitsfeld als Ingenieur Holim Pascha hatte sich ausgedehnt, wie ich es kaum für möglich gehalten hätte. Der während der letzten Jahre ungemein ergiebige Baumwollbau hatte mächtig dazu beigetragen die ausgedehnten Landfröden, die Holim als jüngster Sohn Mohammed Alis geerbt hatte, in einer bisher ungekannten Weise unter Kultur zu bringen. Der erste ägyptische Dampfpflug, den ich infolge einer glücklichen Vereinigung von Umständen vor dem Untergang retten konnte, hatte andre rasch nachgezogen, so daß ich in Schuiba eine förmliche Schule für arabische Dampfpflüger im Gang erachteten mußte. In Terrants, in Bahria, in El Mutana und nachmittags in Kasse-Sched dampfte es auf den Feldern, die bisher nie etwas anderes kennen gelernt hatten als den alljährlichen Jäten, der auch in den Grabkammern von Memphis und Theben zu sehen ist. Dam waren an all diesen Punkten, mit Ausnahme von Kasse-Sched, große Pumpwerke zur Bewässerung der Güter errichtet worden oder im Bau begriffen und gossen zu jeder Jahreszeit Ströme von Wasser über die zum erstenmal tiefgepflügten Felder. Es war ein emsiges, hoffnungsvolles Treiben von einem Ende des Landes zum andern. Doch war es unter der heißen Sonne warme Arbeit, auf dem allen Boden einer neuen Welt zum Aufsteigen zu verdröhen, und manches Pflanzenging dabei zugrunde. Ich selbst war manchmal nicht weit davon.

Was mich auch in den schwersten Tagen munter hielt, war Holim Pascha, der mit der Lobhaftigkeit seines arabischen Blutes das ganze große Getriebe in Bewegung gesetzt hatte. Man sah ihm an, daß er nur halb Türke war. Manchmal lag wohl ein Zug melancholischer Melancholie und selbst finsternen Sinnes in seinem dunklen Gesicht, den er von seinem Vater geerbt haben mochte, dem genialen, rücksichtslosen Despoten, der das heutige Ägypten geschaffen hat. Seine Mutter aber war arabische Waise: ein Beduinenmädchen, welches der Pascha auf einem Ritt von Suez nach Kairo am Wüstenrande gesehen und mitge-

nommen hatte. Die Fürstin lebte noch, in dem blauen Palast von Schuiba, an der Spitze von Holim Paschas Harim: eine hübsche Frau, die trotz der Harimstammes Erfahrungen aller Art hinter sich hatte und auch am Hofe des regierenden Bilegins Jemael, des nachmaligen ersten Khedive, als die allein noch lebende Frau des Gründers der Familie und als die Mutter eines künftigen Bilegins mit hoher Achtung behandelt wurde. Damals dachte noch niemand außer dem Bilegins Jemael daran, daß sein Onkel das Recht auf den Thron Ägyptens verlieren werde; am wenigsten Holim selbst, der mit ruhmvollem Eifer an der inneren Entwicklung des Landes arbeitete, welches er als Halbbarbar mehr als irgendem andres Mitglied der vizeköniglichen Familie als das seine, als sein Vaterland ansah.

Kasse-Sched war der Mittelpunkt des größten Marktes, den er besaß. Derselbe mochte dreihundertfünfzig Dörfer umfassen, auf denen sich gegen zwanzig Felladendörfer und Weiler befanden. Obgleich ein glanzvolles Land des Deltas, war er nicht ohne seine Nachteile. Er lag abseits vom Wege und nicht einmal an einem der Hauptarme des Nils. Während des Hochwasserstandes des Stromes führte der sechzig Kilometer lange Kanal von Kasse-Sched dem Bezirk das erforderliche Wasser zu. Von Februar bis August dagegen lag dieser Kanal trocken. Die nördliche Grenze des Gebietes, die nur acht Kilometer von Kasse-Sched entfernt, von Ost nach West läuft, bildeten die Stämme des Sees von Uruos, dessen brackische Wasser da und dort aus dem Boden drangen und weite Strecken in eine Salzflut zu verwandeln drohten, wenn das Nilwasser fehlte, um sie auszulaugen. So kam es, daß der Gau bisher ziemlich vernachlässigt geblieben war und nahezu alles erst geschaffen werden mußte, um das großartige Bestreben der Kultur, wie wir sie verstehen, zugänglich zu machen. Im vorigen Jahr hatte ich unter beträchtlichen Schwierigkeiten drei Dampfpflüge an verschiedenen Punkten der Gegend in Tätigkeit gesetzt. Eine Baumwollentkörnungsmaschine war im Bau begriffen, eine Reparaturwerkstätte war aufgestellt. Man überlegte sich die erforderliche Verfertigung des Kanals von Kasse-Sched, eine Tramway oder die Einrichtung eines Straßenlokomotivverkehrs nach der nächsten Bahnstation, der sechzig Kilometer entfernten Stadt Zantia. Doch das waren Zukunftsbilder, wie sie damals zu Dungen in der Luft lagen, wo sich Holim Pascha zeigte.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Wohnabgabe von 24 Prozent vom Bürgerausschuß angenommen

## Erhöhung von Gebühren und der Tarife der Straßen- und Lokalbahn - Eine Straßenbahnfahrt 8 Mark

Karlsruhe, 21. Aug. 1922.

Neben kleineren Vorlagen, standen zwei sehr wichtige auf der Tagesordnung der heutigen Bürgerausschusssitzung, nämlich die Erhöhung der Gebühren und Straßenbahntarife, sowie die Wohnabgabe in Höhe von 24 Prozent.

Oberbürgermeister Dr. Winter eröffnete die Sitzung um 14 Uhr. Anwesend waren 68 Mitglieder, also knapp beschlußfähig.

Die Vorlage betr. Ausbau der Straßenbahn nach Rinkheim wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

### Als erster Punkt kam die Vorlage Tarif- und Gebührenerhöhungen

Zur Beratung. Oberbürgermeister Dr. Winter gab dabei bekannt, daß die in den Vorlagen bekannt gegebenen Erhöhungen nicht ausreichen, um die Erhaltung der Gebälter und Löhne zu bestreiten. Die Sätze in den Vorlagen seien auf die Erhöhung der Gebälter und Löhne um 25 Prozent eingestellt, während die jetzige Erhöhung 30 Prozent beträgt. Sämtliche Vorlagen erhöhen dadurch eine Umlagerung, d. h. Erhöhung der Sätze, also die Bodenmarktgeldwerts, die Gebühren im Schlacht- und Viehhof, im Bestattungsamt und die Tarife der Straßenbahn (Einsparung 8 M usw.). Die Sätze haben wir gestern bekannt gegeben. Der Oberbürgermeister begründete die Notwendigkeit der Erhöhung mit den folgenden Sätzen: Der Aufwand für Gebälter und Löhne betrug nach dem Stand vom 1. August jährlich 328 Millionen Mark, abgesehen vom Aufwande für die Lehrer, heute aber muß die Stadt für Gebälter und Löhne 481 800 000 M aufbringen, also beinahe eine halbe Milliarde.

Stadtvorstandsobmann Gen. Rothweiler schließt sich den Ausführungen des Oberbürgermeisters an. — Stadtv. Kruse (U.S.P.) verlangt eine baldige Ausgabung der Zulagen. — Stadtv. Gen. Schwall glaubt, daß weitere Erhöhungen der Gebühren und Gebälter in Zukunft nicht in der Gemeindeordnung vorgegebene gemischte Kommission erledigt werden könnten, und deshalb nicht vor das ganze Plenum zu bringen seien. — Stadtv. Weiß (D.M.) widerspricht dem Vordränger. — Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme sämtlicher Vorlagen.

Debatte über die einstimmige Annahme fanden die Vorlagen: Darlehen an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle, ebenso der Verkauf eines Grundstücks an die Firma Röniger, sowie Gesandtschaft zwischen der Stadtgemeinde und Eisenbahnverwaltung Dietrich.

Im Gegensatz zu obigen Vorlagen entstand eine lange Debatte bei der Vorlage

### Wohnungsbau und Wohnabgabe im Jahre 1922

Die von uns schon näher besprochene Vorlage wurde von Bürgermeister Schneider begründet. Er wies darauf hin, daß wenn auch die freie Wirtschaft im Wohnungswesen und Bauen eingeführt wäre, doch nicht mehr gebaut werden würde, wenn nicht der Staat seine Hilfe bereitstellt hätte. Die Mietern seien allerdings unter dem Vorkriegsstand zu gering gehalten, sie müßten so hoch sein, daß es noch einen Sinn hat, ein Haus zu bauen, zu vermieten und das Haus instandhalten zu können. Von der Arbeit der Mietinspektoren müssen wir alle Hochachtung haben. Der Hausbesitz muß uns erhalten bleiben. Mit einer Zunahme der Bevölkerung müssen wir rechnen und deshalb müssen wir jedes Jahr einige hundert Wohnungen bauen, um zu einem gesunden Wohnungswesen zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß der Aufwand, der ein jährlich wiederkehrender ist, nicht aus Anlehensmitteln bestritten werden darf, sondern durch eine Abgabe. Für diese Gebiete sind Anlehensmittel gar nicht mehr erhältlich, dies zu erkennen ist notwendig. Das vorgelegte geführte Wohnungsprogramm muß zur Durchführung kommen, auch im Interesse einer etwa eintretenden Arbeitslosigkeit. Es sind allerdings dazu 72 Millionen Mark mehr erforderlich wie vorgezogen. Im ganzen betr. die Wohnabgabe 24 Prozent, was im Budget der meisten Bürger schwer einschneiden wird. Bei völlig freier Wohnungswirtschaft müßten wir an Miete allerdings das 70-100fache der Friedensmiete bezahlen. Die Baukosten werden bald das hundertfache des Friedenspreises erreichen, ohne staatliche Subvention ist nicht auskommen. Ein Uebergang in die freie Wirtschaft wird und muß wohl einmal gefunden werden, aber heute ist verlangen für leeres Schall. So schwer es dem Einzelnen fällt, aber die Beiträge müssen und können aufgebracht werden. Unserem Willen an einer besseren Zukunft müssen wir gehen durch Annahme der Vorlage.

Im Namen des Stadtvorstandes weist Gen. Rothweiler auf die schwere Entscheidung hin, die heute getroffen werden muß. Redner dankt dem Bürgermeister Schneider für die in der Vorlage zum Ausdruck kommende Arbeit. Nicht Gefühlspolitik dürfe in der Wohnungsfrage getrieben werden, sondern der Verstand müsse ausschlaggebend sein. Der Stadtvorstand hat sich einstimmig entschieden, im Interesse der Wohnungssuchenden am Wohnungsprogramm festzuhalten und die Vorlage anzunehmen. Mit der Rationierung allein können wir nicht durch. Die freie Wirtschaft kann nicht eingeführt werden, denn sie hätte unerträgliche Folgen für die Mieter. Was die Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau anbelangt, so tritt

der Stadtvorstand einstimmig für die Wohnabgabe ein und nicht für eine Anleihe. Die Gemeinden sollten das Recht haben, eine Luxussteuer zu erheben, schon im Interesse der sozialen Gerechtigkeit.

In der Diskussion weist zunächst Stadtv. Mang (Dem.) auf die Schwere der Vorlage hin und beklagt, daß es nicht schon früher möglich war, den Weg der Abgabe zu beschreiten. Die Baukostenindustrie trägt dazu bei, das Bauen zu verteuern. Von Staatswegen hätte für das Bauen von Wohnungen gesorgt werden sollen. Bürgermeister Schneider ist mit Dank für die Hausbesitzer keine Waren, die schnell abgesetzt werden, die Niedrighaltung der Mieten war notwendig. Für die Uebersteuerung muß die Gesamtheit aufkommen. Redner zollt der Genossenschaftsbewegung, insbesondere den Gartenstädten großes Lob. — Stadtv. Graf (Centr.) schließt sich der Vorlage an und spricht Bürgermeister Schneider die Anerkennung aus. Die staatlichen Maßnahmen haben nicht das Erfolge gebracht, denn die Bürokratie ist dort noch zu stark. Die Mittel zur Unterhaltung der Häuser müssen aufgebracht werden. An den Bauen muß alles vermieden werden, was nicht notwendig ist, jedoch darf auch keine Schmutzlosigkeit eintreten. Die private Bauwirtschaft ist ebenso zu fördern wie die Genossenschaften.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Gen. Stadtv. Böhlinger. Er bezeichnete die Wohnungsnot als eine internationale Erscheinung, worüber man sich nicht wundern braucht, da die organisierte Weltarbeit 5 Jahre an der Bekämpfung der Mieten gearbeitet hat. Aber wir erkennen die Wohnungsnot als Krankheitserkrankung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. (Gelächter bei den Bürgerleuten.) Die Wohnungsnot ist in den neutralen Staaten, weil der Profit fehlte. Um den Bedarf der Bevölkerung zu decken, mußte die Produktion von Wohnungen in den Städten eine Verbilligung der Baufstoffe herbeiführen, waren erfolglos. Das Großkapital ist mächtiger als die politischen Kräfte des Volkes. Wie vom Großkapital gearbeitet wird, ergibt sich daraus, daß im Bod. Landtag unüberprüfbar die Mitteilung gemacht werden konnte, das Zementprodukt habe Herrn Stinnes eine Goldmine gebracht, um zu erreichen, daß Stinnes den beabsichtigten Bau einer Zementfabrik unterläßt. Die bürgerliche Seite hat kein Recht, über Grundstücksbesitzer zu klagen, denn im Landtag wurde das Grundstücksvergesetz durch die bürgerlichen Parteien zum Fall gebracht. Die Folgen sind der Wertausverkauf der Häuser. Die Zwangsversteigerung muß beibehalten werden. Die schlechten Wohnungen sind zu beseitigen. Die besten Wohnungen sind ein Feind der Kultur. Wir müssen Wohnungen schaffen, die hygienisch einwandfrei sind. Die Arbeiterklasse hat durch genossenschaftlichen Zusammenhalt mitbekommen, daß sie an der Bekämpfung der Wohnungsnot mitarbeiten. Sie trägt durch ihre wirtschaftliche Selbsthilfe zur Beseitigung des Übels bei. Sie wird aber nicht dulden, daß der Staat den Aktionären der Baufstoffindustrie zugute kommt, sondern der muß zum Bau von Wohnungen Verwendung finden. Nicht freudig stimmen wir für die Vorlage, aber es muß sein. In der Hoffnung, daß sich die Stadt bei der Erhebung der Abgabe von sozialen Gesichtspunkten leiten läßt, stimmen wir der Vorlage zu. (Bravo bei den Soz.)

Bürgermeister Schneider gibt einen Änderungsantrag der U.S.P. bekannt, wonach der Satz von 24 auf 20 Prozent herabgesetzt und der Ausfall durch eine Wohnungszugsteuer aufgebracht werden soll. Redner glaubt, daß eine Luxussteuer keine wesentlichen Erträge bringe, nicht einmal einige Millionen Mark. Das richtige trifft wohl der sozialdemokratische Antrag, der einen Ausbau der Zugsteuer durch den Reichstag verlangt und die Stadtverwaltung auffordert, die entsprechenden Schritte beim Reich zu unternehmen. Der allgemeine Satz bei der Wohnabgabe im Land sollte erhöht werden. Redner bittet, den Antrag der U.S.P. abzulehnen oder daß ihn die Antragsteller zurückziehen. — Stadtv. Weiß (D.M.) spricht sich für die Vorlage aus. Es gibt heute keinen Stand, der die Teuerungserhältnisse so ausgleichen instand ist, wie die Arbeiterklasse. — Stadtv. Kruse (U.S.P.) betont, daß die Löhne und Gebälter nicht einmal die Hälfte von denen darstellen, wie in der Friedenszeit, der Reallohn ist bedeutend gesunken. Es ist deshalb falsch, zu sagen, daß die Miete nicht im Verhältnis stehe zum Einkommen der Arbeiter. Man darf nicht mit einem Fünftel des Einkommens für Miete rechnen. Es muß unter allen Umständen gebaut werden, aber die Wohnabgabe sollte ein sozialeres Gesicht zeigen. Röll. Böhlinger hatte Recht, als er den Kapitalismus angriff, denn er arbeitet doch nur dem Profit zuliebe. Das Rationieren der Wohnungen war eine Notmaßnahme, auch heute könnte noch manche Wohnung dadurch gewonnen werden. Unseren Antrag werden wir nicht zurückziehen. (Wie aber der Stadtvorstandsvorstandskommission mitteilte, wurde die Vorlage, also 24 Proz., im Stadtvorstandsvorstand, wo die U.S.P. auch vertreten ist, einstimmig angenommen, also mit der Stimme der U.S.P.-Vertreter. D. A.) In anderen Städten wurde ebenfalls eine Wohnungssteuer eingeführt.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der bürgerlichen Vorlage gegen 2 Stimmen. Damit ist zugleich der Antrag der U.S.P. abgelehnt. Hierauf erreichte die Sitzung um 7 Uhr ihr Ende.

## Aus der Stadt

Karlsruhe, 22. August

### Geschichtskalender

2. August, 1847 \*Der Australienreisende John Forrest in Bunbury. — 1850 \*Der Dichter Nikolaus Lenau in Oberböbling. — 1864 Gründung des „Roten Kreuzes“.

### Karlsruher Parteinachrichten

#### Morgen abend Parteiverammlung!

Morgen Mittwoch, 23. August, abends 8 Uhr, findet im „Gefanten“ Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. In derselben wird Gen. Minister Dr. Engler über das aktuelle Thema „Das Reichsmietengesetz“ sprechen. Es ist daher erforderlich, daß die Versammlung gut besucht wird.

### „Es wächst hienieden Brot genug...“

So sagte einstmalig Heinrich Heine. Das Sinnbild dessen, was der Mensch im nächsten Jahre bedarf, das heilige Brot, ist herangereift zur goldenen Frucht. Für wen? Um das Brot können sich tagaus tagu einmühselig Kämpfe ab, befehlen sich die Menschen untereinander, mühen und quälen sich ab, und doch haben die den meisten Anteil, die

nicht in das Loch des Alltags gepannt sind. Und wir sind offen genug, dem Volke entgegenzurufen, daß nur der essen soll, der gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet, nicht aber der, der sein Leben in Müßiggang verbringt, während die anderen sich abradern und darben müssen.

Sehen wir uns genau um: mag die Ernte noch so gut sein, viele Produzenten sind darauf bedacht, gleichwohl den Preis immer mehr in die Höhe zu schieben. Den Landwirten wurde für das Umlagegetreide in diesem Jahre eine bedeutende Preisermäßigung zugestanden. Zahlreiche Erzeuger geben sich aber damit nicht zufrieden und verlangen immer stürmischer eine Anhebung der Preise für das ablieferungsplichtige Getreide an die fabelhaften Getreidepreise des freien Handels. Sie kümmern sich den Teufel darum, ob die Not unter dem Industrieproletariat immer unerträglicher wird, denn das Geld lockt und seien es nur lumbige Papierstücke. Handelsfreiheit bedeutet für diese Freiheit des Handels, unbeschadet aller Verelendung, den eigenen Reichtum zu mehren, Schätze zu erraffen, die dereinst die Notken und der Rost freffen...

Nicht immer war es so. Vor dem grauenhaften Kriege hielt sich der Preis jahrelang einigermaßen stabil. Gewiß,

die überaus große Mehrzahl der Proletarier war nicht imstande, Rücklagen zu machen, weil die Löhne immer so bemessen waren, daß sich nichts erübrigen ließ. Aber ein größerer Gemein Sinn beherrschte doch die Produzenten, als es heute der Fall ist. Die angeblich so „hohen“ Löhne des wertigen Volkes haben ihnen Scheinbar Richtung und Ziel in der Bewertung der Lebensnotwendigkeiten vollständig genommen, und so wirbelt in ihnen alles wie in einem Chaos wild durcheinander und zieht auch die einsichtigen Teile unarmbar in den Strudel hinein.

Heute gibt es so viel Brot auf der Welt, daß niemand zu hungern braucht. Es ist aber nur für die da, die durch Begarmung ihrer Volksgenossen, durch schnelle Gewinnlust zu Vermögen gekommen sind. Noch immer darbt das Volk, noch immer muß die Arbeiterfrau den Kindern das Brot von Tag zu Tag dünner schneiden, weil alles teurer wird, und weil die Schulden von dieser menschlichen Tragödie anheimelnd keine Abnung haben.

Sie kennen wohl auch nicht die Sorgen der Alten, Kranken und Invaliden. Denn sonst würde doch nicht jedes Gefühl der Menschlichkeit in ihnen erstickt sein. Gibt es keinen Ausweg aus diesem Elend? Gewiß. Lebt die Presse, die für euer Elend Verständnis hat, die ihre Lebensaufgabe darin erblickt, auch aus dem Sommerdasein in ein schöneres Land der Freiheit und Harmonie zu führen, die auch die nötige Auffklärung darüber bringt, daß eure Stärke zur Abwehr allen Kulturwiderstands im Sozialismus liegt, der den Weg weist, die Not und das Elend der Enterten des Glücks zu bannen!

In Versammlung vertriebener Maß-Lothringer. Benangenen Freitag, den 11. Aug., fand im „Gefanten“ eine außerordentliche gubelichte Versammlung der „Ei-Loth“, statt, die flammenden Protest gegen die Absicht des Reichstages, das Reichsinteresse beim Reichsbeschäftigungsamt in Berlin zu erheben, wozu alle, die im Reichsbeschäftigungsamt eine Anstellung eingeworben hatten, im Reichsbeschäftigungsamt nichts mehr erhalten sollen. Der erste Vorsitzende Herr Rothmeier ergriff in längeren Ausführungen über das Reichsbeschäftigungsamt. In denselben haben sich bekanntlich eine Menge Geschädigter ihres Sachverständnisses nach § 17 der früheren Reichsbeschäftigungsamt. Zumeist kommen „keine Leute“ in Frage, die es notwendig vorziehen müßten, statt der üblichen Dreierleierteilung auf den glanzhaft gemachten Schanden im Wege der Anhebung das damals mögliche Ganze zu nehmen. Damals wurden Zuschläge immer nur auf den wirtschaftlich notwendigen Hausrat gegeben. Diese Abgefundenen verlangen nun mit vollem Recht im Nachtragsverfahren bei der Spruchkammer auch die Zuschläge auf den übrigen Hausrat. Diese wichtige Frage ist jetzt dadurch zu einer breiten geworden, daß die Reichsvertreter, dienlich angewiesen worden sind, in den Fällen, in welcher die Spruchkammer neuerdings diese Zuschläge bewilligen, Einspruch dagegen zu erheben und sie durch eine oberinstanzliche Entscheidung des Reichsbeschäftigungsamtes austragen zu lassen. Der Reichskommissar wird seine Ansicht darauf stützen wollen, daß er ausführt, daß auch jetzt nach der Zuschlagsverordnung keine höhere Bemessung des Wertes eingetretet sei. § 17 der Richtlinien sagt nämlich, daß die Aufhebungsverordnung eine Nachforderung nicht ausschließt auf Grund einer höheren Bemessung des Wertes einer etwaigen späteren Veränderung der in den §§ 13 bis 15 niedergelegten Grundfläche. Diese Grundfläche sind nun aber durch das Verbandsratsbescheid und die zu ihm gehörige Zuschlagsverordnung abgeändert worden. Die Aufhebung auf das wirtschaftlich notwendige ist aufgehoben worden und es ist nur im Einzelfalle eine Maximalgrenze gezogen worden. Es ist also nach Lage der Gesetze unbegreiflich, wie der Reichskommissar behaupten will: die Abgefundenen könnten überhaupt keine Nachforderung mehr geltend machen. Es besteht also gar kein Zweifel, daß auf Grund des § 17 der Richtlinien vom 9. 1. 20 die Abgefundenen heute die Zuschläge auf alle damals nicht als wirtschaftlich notwendig bezeichneten Sachen nach zu fordern haben und ferner auch die über den damals bewilligten Summen für die f. Z. beschafften notwendigen Sachen. In den meisten Fällen wurden die Abgefundenen bei Abschluß der Anhebung vor dem Feststellungsausschuß durch die zuständigen Mitglieder des Feststellungsausschusses noch besonders darauf hingewiesen, daß die Anhebung die Geltendmachung der Nachtragsforderungen nach den zu erwartenden neuen Bestimmungen nicht ausschließt. Nur mit Rücksicht darauf haben 20 Prozent der Abgefundenen ihre Einwilligung freiwillig gegeben. Herr Rothmeier verlas hierauf eine Resolution, in der Protest gegen das Vorgehen des Reichstages des Reichsbeschäftigungsamt erhoben wird. Eine weitere Entscheidung wird sich gegen die Art und Weise, wie gerade die Aufhebungen der Schandenliste erfolgt. Beide Resolutionen fanden einstimmige Annahme und wurden nach Berlin weitergeleitet.

× Selbstschuldenrückzahlung auf den Karloffeldern im Wildpark. In Anbetracht der fortgeschrittenen Karloffeldarbeiten haben die Pächter der Karloffelder im Wildpark hier einen Selbstschuldenrückzahlung. Zu diesem Zwecke fand am 18. August eine Versammlung im „Georg Friedrich“ statt. Es wurde beschlossen, daß ab 19. August eine Woche im Sinne von 1 Mann Tag und Nacht die Felder überwachet, was einstimmige Annahme fand. Die Gegenstände der Grundfläche von Wildpark werden mit Karloffeldern versehen und haben dieselben bei Betreten ihrer Grundfläche sich zu führen. Es wird eine jede Person, welche sich unbefugt in den Karloffeldern aufhält, von der Wache kontrolliert. Die Karloffelder werden bei Betreten auf die nächste Polizeistation gebracht.

DD. Aufführung in der Bad. Kunsthalle. Diesen Sonntag vormittags 11 Uhr wurde in der Badischen Kunsthalle eine Aufführung von Kunstwerken aus Karlsruhe Privatfest eröffnet. Sie umfaßt etwa 600 Nummern — Gemälde, Zeichnungen, Plastiken — und zwar sowohl alte, wie neuere Kunst. Man erhält einen künstlerisch, wie vor allem auch zeitgeschichtlich interessanten Einblick in die Kunstproduktion eines Jahrhunderts.

Stadt. Konzerthaus. Auf die heute Dienstag abend stattfindende letzte Aufführung „Die tolle Komte“, sei nochmals hingewiesen. Morgen Mittwoch und täglich gelangt hiermit unserem Beifall aufgenommen Operette „Mars Senta“ mit Hanna Nodde vom Landesheater Karlsruhe als Gast in der Titelrolle zur Wiederkehr und sei darauf hingewiesen, daß nur einige Aufführungen dieser Operette stattfinden können. — In Vorbereitung befindet sich das Singpiel „Zu Bacharach am Rhein“ von Wilhelm Jacobi, Musik von Heinrich Spangenberg.

## Karlsruher Wohnungsmarkt

mit amtlicher Vorbrügelungsstelle und Wohnungszugsteuer — neueste Ausgabe — erschienen.

Einzelnummer Nr. 3.

Geschäftsstelle des „Volksfreund“.

**p. Unfälle.** Am 19. August fiel ein 2 Jahre altes Kind in einem unbewachten Augenblick aus einem Fenster des 4. Stockes in einem Hause der Blumenstraße in den Hof. Das Kind starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen tags darauf. — Am 21. August vorm. 10 1/2 Uhr schenkte in der Durmersheimerstraße zwei vor einen Britischenwagen gespannte Pferde. Der Fuhrwerksleiter wurde von den Pferden heruntergerissen, erhielt Tritte auf Kopf und Oberkörper und wurde so verletzt, daß er mittels Krankenauto nach dem städt. Krankenhaus verbracht werden mußte.

**Waluta-Bericht vom 21. August**  
Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 0.40 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 488 M per hfl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 228.50 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte etwa 3260 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 93.75 M frz. Fr. Auszahlung Neupost notierte etwa 1170 M per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. August**  
Vorausichtige Witterung: Bewölkt, zeitweise Regenfälle, friedliche Gewitter, etwas kühler, westliche Winde.

**Wassersstand des Rheins**  
Schiffstein 288, gef. 2 Stm. Neßl 335, gef. 4 Stm. Magau 516, gef. 8 Stm. Mannheim 428, gef. 17 Stm.

**Kleine badische Chronik**  
\* Forstheim, 21. August. Unfall. Gestern Mittag wurde auf dem Heiligen Bahnhöf der 32 Jahre alte verheiratete Rangierer Kumpmann aus Forstheim, Vater von zwei Kindern, beim Ueberfahren der Geleise von einem einfahrenden Zuge erfasst und überfahren. Der Verdanerworte ist im Krankenhaus gestorben.  
\* Mannheim, 19. August. Selbstmordversuch. Eine 68 Jahre alte Tagelöhnerin, wohnhaft in der Alphenstraße, ver-

suchte gestern nacht wegen Familienstreitigkeiten sich von der neuen Redarbrücke aus in den Neckar zu stürzen. Von vorübergehenden Personen wurde sie an ihrem Vorhaben gehindert. — Großer Diebstahl. Aus einer Wohnung in der Kalkbühlstraße wurden dieser Nächte Teppiche und Decken im Werte von über 300 000 Mark gestohlen.

\* **Neinlaufenburg (Amt Säckingen), 21. August. Arbeitslosigkeit.** Mit Rücksicht darauf, daß der ursprüngliche Kostenausschlag von 50 000 Fr. um ein Drittel erhöht werden sollte, hat die Ortsbürgergemeinde die Einstellung der Renovierungsarbeiten an dem historischen Gerichtsgebäude beschlossen.

\* **Singen, 19. Aug. Ein Reichen der Sittensittigkeit.** Als kürzlich auf der Eisenbahnstrecke Nummendingen—Singen ein Personenzug durch das lange Tunnel zwischen Säckingen und Lammühle fuhr, versuchte ein scheinbar betrunkenen junger Mann sich an einer Frauensperson zu vergehen. Durch die Reife der Frau wurden die Meisenden darauf aufmerksam gemacht und der Unhold konnte in Singen hinter Schloß und Riegel gebracht werden.

\* **Schiffahrtverkehr auf dem Rhein.** Der Rhein, der immer noch einen guten Wasserstand zeigt, weist einen regen Verkehr auf. Bis zum 15. August sollen in West in laufendem Laufe 110 000 Tonnen umgeschlagen worden sein, was eine bisher noch nie erreichte Ziffer darstellt.

**Aus dem Lande**

**Aus dem Albthal**  
Ettlingen. Das Reinvermögen unserer Stadt bezifferte sich auf Jahreschluss auf 2 191 000 M und hat demnach eine Verringerung von 844 000 M erfahren.

**Aus dem Murgtal**  
Staufenberg bei Geroldsbach. Am Samstag abend sprach Genosse Schöpflin hier in einer gut besetzten öffentlichen

Versammlung über die schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen. Der Redner fand lebhaften Beifall. In der Debatte sprach der Obmann der Kreisgewerkschaften, Kerschlag oder Kallfah, der sich als Unabhängiger vorstellte und nach einer kurzen Darstellung der Wünsche und Forderungen der Kreisgewerkschaften, eigentlichen Gegenstand seiner Rede überging; zu Angriffen auf die Mehrheitssozialdemokratie. Aus seinen völlig haltlosen, den Tatsachen vollständig widersprechenden Behauptungen war sofort zu ersehen, daß der Mann das Material zu seinen Angriffen auf die Partei aus bürgerlichen oder kommunistischen Zeitungen haben mußte, denn solch dummes und unwahres Zeug, wie er es über die Haltung der Sozialdemokratie zu den Kreisgewerkschaften hat, ist uns in keinem unabhängigen Organ begegnet. Und nicht, so war es auch, als Gen. Schöpflin dem Redner, der sich für die Wahl von Unabhängigen eintrat und es erläuterte, wenn Kreisgewerkschaften eingetragene werden, sagte, daß solches Zeug er doch unmöglich aus der unabhängigen „Tribüne“ haben könne, antwortete der Mann: „Ach lese die „Tribüne“ gar nicht!“ Es konnte dann festgestellt werden, daß K., der stets für die Unabhängigen unter Angriffen auf die SPD. Propaganda macht, nur den bürgerlichen „Murgtaler“ und ein anderes bürgerliches Blatt liest, außerdem farrames Mitglied des Kreisvereins ist, also ein Musterexemplar politischer Charakterlosigkeit. Die Verurteilungen lagten dem auch den Mann herlich aus und er ging schließlich mit den Worten: „Ach habe ja heute eine Ohrfeige bekommen!“

**Offenburg**  
Einbruchdiebstahl. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden auf dem Lagerplatz der Reichsmunitionfabrik Wülfinger 2 Elektromotoren im Werte von ca. 85 000 M entwendet. Der Täter, ein 25 Jahre alter Reichsmunitionsdienst, Johann Wolf von Oppenau, konnte hinter Schloß und Riegel gebracht werden, noch ehe er seine Weile in Sicherheit hatte.

**Letzte Nachrichten**

**Von den französischen Kommunisten**  
Paris, 21. Aug. Der kommunistische Föderationskongress nahm mit 90 gegen 30 Stimmen einen Antrag der Moskauer an, der ein Bündnis der Linken und des Zentrums der Sozialistenpartei-Gruppe in Moskau gegen die föderalistischen Elemente der Kommunisten-Partei verlangte.

**Briefkasten der Redaktion**  
Th. Sch., Durlach. Ihr Fall ist gewiss ein sehr trauriger, aber dennoch eignet sich der Artikel nicht zur Aufnahme, da wir doch unendlich die Lebensgeschichte eines jeden Wohnungsuchenden veröffentlichen können. Was wir Ihnen angedeutet wurden, müßten wir natürlich auch anderen bewilligen.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Josef Giese; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe.

**Briefkasten der Redaktion.**  
G. A., Brauerstr. Artikel eignet sich nicht zur Aufnahme in unser Blatt. Für ihre Verbandszeitung wäre er besser geeignet.

**Bereinsanzeiger** Teil 6 und mehr Teile Nr. 1.— die Zeile Nr. 2.— die Zeile (Verbandsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)  
Karlsruhe. (Jugend- u. Naturfreunde.) Treffp. heute abend 7 1/2 Uhr, Durlach. — Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Mühlburger Tor. Jahresliches Erscheinen ist erwünscht. 4758 Karlsruhe. (Mittler-Gesellschaft.) Neben Dienstag u. Freitag, abends 7 Uhr, Nebensabend im Schrempfchen Bierkeller.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

Todesfälle. Josef Wolf VIII, Landwirt, Ehemann, alt 48 Jahre. Maria Wieg, alt 60 Jahre, Witwe des Reichsmunitionsdienstes, Otto Steinbach, Oberrechn.-Rat a. D., Ehemann, alt 74 Jahre.  
Beerdigungsort und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, den 22. August, 2 Uhr: Richard Ballin, Konbitor, Ulmstr. 19, Feuerbestattung. 3 Uhr: Katharina Wieg, Reichsmunitionsdienst, Winterstr. 36. 4 Uhr: Otto Steinbach, Oberrechn.-Rat, Westendstr. 26, Feuerbestattung.

**Theater, Kunst und Wissenschaft**

**Städtisches Konzerthaus**  
„Mara Santro“ heißt eine jünger als sie ist aussehende Dame, die im Verlauf des alles mögliche durchgehenden Werkes dadurch um noch zehn Jahre älter wird, daß sie ihrem Mann von Mann durch ins Einzelne geht, ihn „im richtigen Moment“ wieder trifft, um ihm Dinge vor die Füße zu werfen, mit deren Aufhebung er zugleich die seiner Spulten besetzt; nachmalige Trennung bis zum dritten Akt; dann wieder ein Herz und eine Seele... kommt der Leser draus? Nein! Er soll auch gar nicht reinkommen! — Das Stück ist ein ausgearbeiteter, brutal, böse, bitter, z. z. Die „Kunst“ so zusammengeflochten, daß wir den Verlegern von Carmen, Mignon, Zieffand, Evangelinmann, Leiten Wolger, Dollardprinzessin usw. gerichtliches Einschreiten endlich nahe legen. Die Aufführung erfolgte auf Grund eines alten Sündenbekenntnisses des Landes-Theaters. Sie brachte Fel. Rodegg in der Titelrolle, der wir unser tiefstes Mitempfinden nicht verjagen konnten. Des weiteren machte Herr Schmitt das Menschennögliche aus dem bereits erwähnten Unmenschen. — Im Interesse dieser und aller übrigen Einzeldarsteller sei nur noch betont, daß wir kürzlich von dieser Stelle aus gegen die Art des Vertreters einer Rolle protestierten, der diesmal die des Dorkafes innehatte. Seinen guten Willen sehen wir ohne weiteres voraus. Aber hier geht es um et was ernsthaft. Das Konzentrische liegt nicht in Dinkul! Und wenn es auch manchmal, manchmal so „fiigt“... z. z.

Das künstlerische Festprogramm der Leipziger Herbstwoche 1922. Auf der kommenden Herbstwoche vom 27. August bis 2. September ist die Wille der Veranstaltungen, mit der Leipzig wieder seinen von nah und fern kommenden Gästen aufwarten kann, überaus reichhaltig. Aus der Fülle der Konzerte seien hier hervorgehoben die beiden Sonderkonzerte des weltberühmten Leipziger Gewandhausorchesters am Dienstag- und Donnerstagsabend, deren Leitung Generalmusikdirektor Dr. Wag von Schilling, Intendant der Berliner Staatsoper, übernommen hat, während als Solistin für beide Aufführungen Frau Barbara Kemp von der Berliner Staatsoper gewonnen ist. Zu nennen sind ferner ein Konzert des bestbekanntesten, allerberühmtesten Leipziger Mittel-Orchesters am Montagabend in der Thomaskirche, unter Leitung des Dirigenten Wag Ludwig, Konzerte der Leipziger Singakademie unter Leitung von Professor Gustav Wobolentz, eine Preis-Motette des ausgezeichneten Thomaskirchen- und städtische Konzerte im Völkerschlachdenmal. Im Neuen Theater werden sieben

Rehefspielabende veranstaltet. Zur Aufführung gelangen die Opern: „Der Reichher als Arzt“ und anschließend daraus die „Josephs-Legende“, ferner „Aida“, „Die Jüdin“, „Madame Butterfly“, „Die tote Stadt“. Die lustigen Weiber von Windsor und „Der fliegende Holländer“. Außer den besten Leipziger Akteuren werden bei den Rehefspielen auch hervorragende auswärtige Künstler mitwirken. So singt in „Aida“ Kammergesänger Karl Jörn (früher Hofoper Berlin und Metropolitan Oper New York) den Radames, in der „Jüdin“ Kammergesänger Kurt Zaucher von der Staatsoper Dresden den Eleazar und Nicola Jec von der Staatsoper Wien den Kardinal. Das Städtische Opern-Theater wird eine Anzahl bekannter Operettensänger bringen. Weitere gute Aufführungen werden das Schauspielhaus und das kleine Theater bieten. Im Museum der bildenden Künste am Augustusplatz wird wieder eine Reise-Kunstschau des Vereins Leipziger Jahresausstellung (Lia) stattfinden, die durch die Beteiligung führender auswärtiger Künstler eine besondere Bereicherung erfährt.

**Eingegangene Bücher und Zeitschriften**

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Vertriebsabteilung zu beziehen.)  
Der Schutz der Republik. Reichs- und Landesgesetz sowie Verordnungen zum Schutze der Republik über die Pflichten der Beamten, die Reichsstrafmahlpolizei und die Strafrecht von politischen Straftätern. Mit einer ausführlichen Einleitung. 32 Seiten, Preis 20 M Verlag Neudamm, Berlin SW, 61, Urbanstr. Als neues Werk der sich großer Beliebtheit erfreuenden Sammlung Gesetzbefürwortungen für Arbeiter und Angestellte ist ferner im Verlage der Freiheit, Berlin, der Text der Gesetze zum Schutze der Republik erschienen. Die Schrift enthält neben den vier Reichsgesetzen zum Schutze der Republik auch die teilweise weitergehenden preussischen Gesetze, sowie die inoffiziellen erlassenen Ausführungsverordnungen. In einer ausführlichen Einleitung ist die Bedeutung und der Inhalt der Gesetze eingehend erläutert und mit den Forderungen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften verglichen, jedoch sich leicht ein Urteil über das Erreichbare gebildet. Die Schrift ist deshalb für jeden in der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung Tätigen unentbehrlich, da von der genauen Kenntnis der Gesetze auch ihre Durchführung abhängt. Die von der Amneltische Petitionen ergehen aus über die Mittel und Wege zu ihrer Befreiung von der über sie verhängten Strafe, die außer durch das Gesetz auch durch die Anrufung eines Ausschusses zu erreichen ist. Die Anschaffung der Schrift ist deshalb dringend zu empfehlen.

**Karlsruher Auktionshalle**  
Durlacher Allee 27. Telefon 2748/4783.  
Anhaber: Sasse & Marzluft.  
**Große Versteigerung.**  
Donnerstag, den 24. d. M., vormittags 9 Uhr beginnend, veräußern wir im Auftrag:  
20 vollkündige Betten mit Federbetten, 1 Schreibtisch, 2 Kommoden, 1 Stuhl, 1 Spiegel mit Besen, 1 Emalierwanne, 2 Teppiche, 1 Photogrammapparat, 2 Waldschneidmesser, 1 Messingwanne, 1 großer Kuchenschrank, 2 Zehnhaken und 1 Warendisck, 1 Gas- und Petroleumofen, 1 Nesselmetallern, neu und sonst verschiedenes. 4756

**Auktion- und Verwertungsinstitut für Waren aller Art.**  
Vogelhäufige Aquariengläser werden angekauft.  
Amalienstraße 22  
Sozial. Landl. 4761

**Neuer Apfelwein**  
Gefäße mitbringen  
Pränkuchel

**Wädel, getr. Anzüge**  
Wädel, zu kaufen gesucht, neben Kleider, Wädel, Str. 68, Baden.  
**Hund entlaufen**  
Kottweiler auf den Namen Flora hörend. Abzugeben gegen Belohnung bei 4760  
**Sagenauer**  
Wädelerei  
Marienstraße 46.  
**Bruchsaler Anzeigen.**  
Karten-Ausgabe  
am Mittwoch, den 23. August 1922, an die Buchhändler A bis einschließlich A. 1579  
Bruchsal, den 22. August 1922.  
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.  
Kartenausgabe stelle.

**Einsatz-Hemden (bester Trikot)**  
zu billigsten Preisen  
Heinrich Illberg  
Augustinstraße 7  
**Junge Leute**  
zur See erch. fähig, Kaufm. u. Bau. Anstufmet. Hamburg 36. Schil. 112. G. 177.  
**Getragene Kleider, Schuhe, Wäsche z.**  
kauft sich zu höchst. Preisen  
S. Axelrad, Tel. 3980  
Eisenweinstraße 32, II.  
**Kisten**  
zu kaufen gesucht.  
Offerten unter Nr. 4761 an das Volkstreuendbüro.

**Städt. Konzerthaus**  
Leitung: Direktor Adalbert Steffter.  
Heute Dienstag abends 7 1/2 Uhr  
**Die tolle Komtess.**  
Morgen Mittwoch und täglich abends 7 1/2 Uhr  
**Mara Santro**  
Titelrolle  
Fel. Rodegg  
vom Landestheater Karlsruhe als Gast.  
**Fahrrad-Mantel**  
noch zu alten Preisen, verschiedene Farben, 473  
Maier, Goethestr. 27.  
**Gebrauchte Möbel**  
aller Art, fast jederzeit zu höchst. Preisen z. Gutmann, Andolfstraße 12.

**Mieter-Schuh-Verein Karlsruhe.**  
Mitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer.  
Geschäftsstelle: Blumengasse 3. Telefon 600.  
Sprechstunden: Montag, Mittwoch und Donnerstag je abends von 6 1/2 bis 8 Uhr.  
**Baden-Baden.**  
**Bürgerholz-Abgabe im Stadteil Eulental.**  
Diesenjenigen Vereinen, welche das Gähholz aus dem Forstamtsbezirk II beziehen, nämlich die Bewohner der Hauptstraße von Haus Nr. 1 bis 64, reg. Nr. 89, Kalkengasse, Wärmelstraße, Gerlestraße, Frankfurterstraße, Rotterstraße, Schaberstraße, Seelachstraße, Seelach Gassenstraße, Geroldsbauerstraße, Geroldsbau und Kalkengasse können die Anweisungen für 6 Stk. Berdholz und 6 Stk. Althölz gegen Entrichtung der Lage von 140 Mt. bei der Einzugsstelle hieselbst in Empfang nehmen.  
Die Abgabe des Holzes aus dem Forstamtsbezirk II wird noch besonders bekannt gegeben.  
Stadtverrechnung. 1585

**BADEN-BADEN**  
am 25., 27., 29. August, 1. und 3. September.  
Es verkehren **Sonderzüge** nach und von Iffezheim. [1710]

**Durlacher Anzeigen.**  
**Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug.**  
Die Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom 26. August bis 15. Dezember 1922 findet in folgender Weise statt:  
Am Donnerstag, den 24. August 1922 vormittags von 9-1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis mit F, nachmittags von 2-6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben G, H und K.  
Am Freitag, den 25. August 1922 vormittags von 9-1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben J, L bis mit R und Z, nachmittags von 2-6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben S, Sch bis mit W.  
Jede Familie hat zwecks Empfangnahme der neuen Scheine den Lebensmittelausweis unbedingt mitzubringen.  
Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß jede Familie zu der für den betr. Nachbarn bestimmten Zeit erscheint.  
Der die ihm zustehenden Scheine am Ausgabtag nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Protokollen abgegeben.  
Durlach, den 19. August 1922. 1581  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Mieter- u. Untermieter-Vereinigung Durlach (e. S.)**  
Dienstag, den 22. August, abends 8 Uhr, im Sammlaal  
**Mieter-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Bericht der Mietzinsberechnungskommission  
Verschiedenes.  
Wir bitten pünktlich und vollständig zu erscheinen.  
Der Vorstand.  
1711

